



Rathaus Umschau

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Ausgabe 196

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	4
Meldungen	5
› Hotline für ehrenamtliches Engagement und Spenden zugunsten von Flüchtlingen	5
› Krisenstab: Hilfe für Flüchtlinge wird konkret	6
› München investiert bis 2018 4,6 Milliarden Euro	7
› Deutscher Städtebaupreis 2014 – Münchner Projekte ausgezeichnet	9
› Städtische Forstverwaltung bekommt „Wald-vor-Wild“-Preis	10
› Auszeichnungen in den Bereichen Bildende Kunst und Musik	11
› „Netzwerk21Kongress“: Veranstaltung zur Nachhaltigkeit	11
› Städtische Friedhöfe: Verwaltung eingeschränkt erreichbar	13
› Vortrag und Diskussion zum Klimawandel im Amazonas	13
› Künstlersonntag im Oktober und 100 Offene Ateliers im November	14
› Stadtbibliothek Sendling: Crashkurs „Vorstellungsgespräch“	15
› MVHS: Podiumsdiskussion „Kaufen für die Müllhalde“	15
Antworten auf Stadtratsanfragen	17
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise

Wiederholung

Heute, Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr,

Valentin-Karlstadt-Musäum im Isartor, Tal 50

Zur Eröffnung der Sonderausstellung „100 Jahre Erster Weltkrieg/Herzliche Grüße aus dem Krieg“ sprechen Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Sabine Rinberger, Direktorin Valentin-Karlstadt-Musäum, sowie Uli Knorr. Im Zentrum der Ausstellung „Herzliche Grüße aus dem Krieg“ steht eine Graphic Novel des Comiczeichners Uli Knorr. Ergänzt wird diese durch Archivalien und Zeugnisse aus dem Valentin-Karlstadt-Musäum.

Wiederholung

Freitag, 17. Oktober, 10 Uhr,

Waldfriedhof, Aussegnungshalle, Neuer Teil

Über Zahlen und Fakten der anonymen Bestattungen in München informiert Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, zu dessen Dienststellen die Städtischen Friedhöfe München zählen. Bei der anonymen Bestattung entfällt die Grabpflege, sie kann jedoch belastend für Hinterbliebene sein, da ein Ort der Trauer fehlt. Bei dem Termin, der im Vorfeld von Allerheiligen stattfindet, werden dieses Spannungsfeld und mögliche Alternativen zur anonymen Bestattung vorgestellt.

Achtung Redaktionen: Treffpunkt ist die Aussegnungshalle am Waldfriedhof, Neuer Teil. Von dort werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der Wiese begleitet, auf der im Waldfriedhof die anonymen Bestattungen stattfinden. Die Strecke beträgt zu Fuß in etwa fünf Minuten. Bei Regen findet der Termin im überdachten Bereich vor der Aussegnungshalle statt. Mit dem ÖPNV ist die Aussegnungshalle am besten über die Haltestelle Lorettoplatz erreichbar.

Wiederholung

Freitag, 17. Oktober, 20 Uhr, Griechisches Haus, Bergmannstraße 46

Zur Eröffnung des KulturGeschichtsPfades Schwanthalerhöhe und Vorstellung der neuen Broschüren sprechen Stadtrat Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) in Vertretung des Oberbürgermeisters, die Bezirksausschussvorsitzende Sibylle Stöhr sowie die Historikerin und Autorin Dr. Karin Pohl.



Montag, 20. Oktober, 12 Uhr,

Aula der Grundschule an der Margarethe-Danzi-Straße 17

Einen Apfelbaum pflanzen Schülerinnen und Schüler der dritten Klassen gemeinsam mit den Delegierten der Asháninka Lourdes Irova und Ociel Egoavil auf dem Grundstück der Grundschule an der Margarethe-Danzi-Straße. Mit dem indigenen Volk der Asháninka aus Peru unterhält München seit 15 Jahren eine Klima-Partnerschaft. Bereits um **10.45 Uhr** versammeln sich die rund 100 Schülerinnen und Schülern in der Aula der Schule, um unter anderem bei einer Filmvorführung mehr über den Regenwald zu erfahren. Gegen **11.45 Uhr** wird den Asháninka eine Spende der Schule überreicht. Die Veranstaltung wird vom Verein Ökoprojekt Mobil-Spiel organisiert, der vom 21. bis 24. Oktober im Auftrag des Referats für Gesundheit und Umwelt eine Themenwoche zur Klimapartnerschaft Münchens mit den Asháninka organisiert.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Dienstag, 21. Oktober, 12 Uhr, Aberlestraße 36

Stadtrat Horst Lischka (SPD-Fraktion) gratuliert dem Münchner Ehepaar Gertraud und Peter Greiner im Namen der Stadt zur Eisernen Hochzeit.

Dienstag, 21. Oktober, 17 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Bürgermeister Josef Schmid spricht Grußworte und zeichnet zusammen mit dem Referenten für Gesundheit und Umwelt, Joachim Lorenz, in einer Feierstunde die Münchner ÖKOPROFIT-Betriebe des Jahrgangs 2013/2014 aus. Das Programm für den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz ÖKOPROFIT (ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte UmweltTechnik) wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt angeboten und betreut. An der Staffel 2013/2014 nahmen 56 Betriebe und Einrichtungen erfolgreich teil.

Dienstag, 21. Oktober, 17 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Vollversammlung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Informationen zum Thema „Doppelstaatsbürgerschaft/Optionspflicht durch das Kreisverwaltungsreferat“

Dienstag, 21. Oktober, 19 Uhr, Schwere Reiter, Dachauer Straße 114

Verleihung der Stipendien und der Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise für Bildende Kunst und Musik mit Grußworten von Stadtrat Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) in Vertretung des Ober-



bürgermeisters. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers überreicht die Urkunden.

(Siehe auch unter Meldungen)

**Donnerstag, 23. Oktober, 11 Uhr,
Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Straße 1**

Den bundesweiten Netzwerk21Kongress eröffnet Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt. Der Netzwerk21Kongress findet am 23. und 24. Oktober erstmals in München statt. Veranstaltet wird der Kongress von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. in Kooperation mit der Landeshauptstadt München und Green City e.V.. Er wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH, Sponsoren und Partnern unterstützt.

(Siehe auch unter Meldungen)

Achtung Redaktionen: Für den Fachkongress war eine Anmeldung nötig – Medienvertreterinnen und -vertreter sind jederzeit willkommen. Für Interviews steht Falko Müller, einer von elf Klimaschutzmanagern und -managerinnen, am Montag, 20. Oktober, zur Verfügung. Terminvereinbarung über die Pressestelle des RGU unter 2 33-4 75 09 sowie per Mail unter oeffentlichkeitsarbeit.rgu@muenchen.de.

Bürgerangelegenheiten

**Donnerstag, 23. Oktober, 19 Uhr,
Aula des Schulzentrums, Riesstraße 49 (barrierefrei)**

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 10 (Moosach). Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und die Bezirksausschussvorsitzende Johanna Salzhuber informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Johanna Salzhuber.



Donnerstag, 23. Oktober, 19 Uhr,

Turnhalle der Helen-Keller-Realschule, Fürkhofstraße 28 (barrierefrei)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 13 (Bogenhausen). Der Versammlungsleiter Bürgermeister Josef Schmid und die Bezirksausschussvorsitzende Angelika Pilz-Strasser informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Angelika Pilz-Strasser.

Donnerstag, 23. Oktober, 18.30 Uhr,

Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal“, Züricher Straße 35 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen – Oberending – Forstenried – Fürstenried – Solln) mit dem Vorsitzenden Dr. Ludwig Weidinger.

Meldungen

Hotline für ehrenamtliches Engagement und Spenden zugunsten von Flüchtlingen

(16.10.2014) Aus den Kriegs- und Krisengebieten der Welt kommen derzeit sehr viel mehr Flüchtlinge nach München als in den vergangenen Jahren. Viele Münchnerinnen und Münchner möchten sich ehrenamtlich engagieren, um diesen Menschen zu helfen und ihre Integration in den Stadtvierteln zu unterstützen. Das Sozialreferat berät dazu und auch zu anderen Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. Das Sachgebiet Bürgerschaftliches Engagement im Sozialreferat ist über die Hotline 2 33-4 84 54 montags, dienstags und donnerstags von 9 bis 17 Uhr, mittwochs von 9 bis 21 Uhr und freitags von 9 bis 15 Uhr oder über engagement.soz@muenchen.de erreichbar.

Ferner werden über diese Hotline Spenden passgenau vermittelt. Sachspenden von Privatpersonen wie zum Beispiel Kleidung können auch direkt bei der zentralen Annahmestelle der diakonia in der Dachauer Straße 192/Rückgebäude abgegeben werden. Deren Annahmezeiten

sind Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 16 Uhr, Donnerstag von 9 bis 19 Uhr und Samstag von 10 bis 14 Uhr.

Spenden von Firmen und Stiftungen nimmt die Fachstelle für Gesellschaftliches Engagement von Firmen im Sozialreferat (csr@muenchen.de) entgegen.

Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe sind eine wertvolle Ergänzung zum professionellen System der Sozialen Arbeit. Mehr als ein Viertel aller Münchnerinnen und Münchner engagieren sich ehrenamtlich, insbesondere im sozialen Bereich. Unabdingbar zur Bewältigung der aktuellen Situation ist ferner die große Spendenbereitschaft der Münchner Bevölkerung.

(teilweise voraus)

Krisenstab: Hilfe für Flüchtlinge wird konkret

(16.10.2014) In seiner gestrigen Sitzung hat der Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) die Sofortmaßnahmen für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt München weiter konkretisiert. Ziel ist es, dass kurzfristig für 600 bis 1.000 Flüchtlinge Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden. Bis zum Freitag soll geklärt sein, an welchen Standorten und in welchem Zeitraum die Unterbringung von Flüchtlingen realisiert werden kann.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Darüber hinaus gilt der Aufnahmestopp für die Bayernkaserne nach wie vor. Das haben mir in Gesprächen sowohl Ministerpräsident Horst Seehofer wie auch Sozialministerin Emilia Müller noch einmal versichert. Dieser Aufnahmestopp gilt so lange, bis wieder ein Regelbetrieb möglich ist und für Flüchtlinge menschenwürdige Verhältnisse herrschen.“

In seiner dreistündigen Sitzung berichtete der SAE über die bisherigen Aktivitäten. So hat die Stadt München der Regierung von Oberbayern bereits heute fünf Vollzeitmitarbeiter zur Beschleunigung der Prozesse zur Verfügung gestellt. Weitere 50 städtische Dienstkräfte haben sich bereit erklärt, in der Bayernkaserne zu helfen. Außerdem hat die Stadt München der Regierung von Oberbayern ihren Sprachmittler- und Dolmetscherpool zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus geht die Akquise von Gebäuden und Flächen schnell voran. Als mögliche Gebäude sollen in den nächsten Tagen das Olympiastadion als auch die Event Arena näher geprüft werden. Außerdem sollen die Bayerische Landesschule für Gehörlose sowie die Landwirtschaftsschule und der Siemens Sportpark inklusive der Doppeltturnhalle sowie verschiedene Gewerbeobjekte auf eine mögliche Unterkunftsmöglichkeit für Flüchtlinge hin geprüft werden. Als mögliche Standorte für die Aufstellung

von Containern werden das Tollwood-Gelände im Olympiapark, Freiflächen an der Messe, das Areal am Kapuzinerhölzl und der Zschokkestraße sowie ein bis zwei Freibäder der Stadtwerke München auf ihre Eignung untersucht werden. Das Gelände auf der Theresienwiese wird ebenfalls geprüft. Die Nutzung von Wiesenzelten kommt allerdings nicht in Frage. Die Mindestanforderungen für eine menschenwürdige und hygienische Unterkunft sind nach 16 Tagen Oktoberfest nicht gegeben. Außerdem lassen sich die Zelte gar nicht oder nur schwer beheizen. Auch die Nutzung von normalen Zelten scheidet voraussichtlich aus. Stattdessen soll die Nutzung von Containern und Isolierhallen näher untersucht werden. „Meine Mindestanforderung für die nächsten Tage ist, dass niemand mehr im Freien schlafen muss“, erklärte OB Reiter.

Der Stab für außergewöhnliche Ereignisse wird am kommenden Montag erneut zu Beratungen zusammentreffen und weitere Maßnahmen beschließen.

München investiert bis 2018 4,6 Milliarden Euro

(16.10.2014) Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz präsentierte gestern im Rahmen einer Pressekonferenz das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2014 - 2018 und die „Großen Vorhaben in den kommenden Jahren“. München investiert bis 2018 4,6 Milliarden Euro. Weitere große Vorhaben summieren sich langfristig auf weit über zwölf Milliarden Euro.

Investitionen bleiben auf hohem Niveau

Der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 - 2018 (MIP 2014 - 2018), den Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz am 10. Oktober dem Stadtrat zugeleitet hat und über den der Stadtrat am 17. Dezember entscheiden wird, geht von einem Investitionsvolumen von rund 4,6 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit das MIP-Volumen um 515 Millionen Euro verringert. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die niedrigere Kapitalrückführung an die SWM aufgrund niedrigerer Bruttogewinne als bisher zurück zu führen. Um den SWM-Effekt bereinigt liegt das Investitionsvolumen mit 3,9 Milliarden Euro auf dem Niveau des MIP 2013 - 2017 (3,8 Milliarden Euro).

Bei den Investitionsschwerpunkten bleiben die Prioritäten wie in den vergangenen Jahren:

- Schule und Kindertagesbetreuung (1,2 Milliarden Euro beziehungsweise 32,0 Prozent des bereinigten MIP-Volumens)
- Wohnungsbauförderung (637 Millionen Euro beziehungsweise 16,4 Prozent des bereinigten MIP-Volumens)
- Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur (569 Millionen Euro beziehungsweise 14,7 Prozent des bereinigten MIP-Volumens)

- Kulturförderung (79 Millionen Euro beziehungsweise zwei Prozent des bereinigten MIP-Volumens).

Darüber hinaus wurden die weiteren Jahresraten zur Erhöhung des Eigenkapitals der Städtisches Klinikum München GmbH in Höhe von insgesamt 240 Millionen Euro (6,2 Prozent des MIP-Volumens) in diesen Entwurf aufgenommen. Damit soll das kommunale Gesundheitswesen in der Landeshauptstadt München sichergestellt und eine Insolvenz des städtischen Klinikbetriebs abgewendet werden.

Folgekosten aus Investitionen des Programmentwurfs

Bei allen Investitionsplanungen und -entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass dadurch ausgelöste Folgekosten für den Lebenszyklus eines Projektes durchaus ein Mehrfaches der Investitionssummen betragen können. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand belaufen sich die Folgekosten der im Entwurf des MIP 2014 - 2018 eingestellten Vorhaben auf jährlich rund 85 Millionen Euro.

Große Vorhaben in den kommenden Jahren

Zeitgleich mit der Vorlage des Entwurfs des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 - 2018 wird die Bekanntgabe der „Finanz- und Investitionsplanung, Große Vorhaben in den kommenden Jahren“ in die Vollversammlung am 22. Oktober eingebracht. Hierin sind alle zusätzlichen Investitionsvorhaben und Projekte enthalten, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in das MIP 2014 - 2018 aufgenommen werden können. Beide Dokumente zusammen geben damit eine umfassende Gesamtschau aller beschlossenen und finanzierten sowie der geplanten oder diskutierten Investitionen.

Volumen der künftigen Vorhaben steigt um 83 Prozent

Die aktuelle Bekanntgabe enthält ein bezifferbares Volumen von rund zwölf Milliarden Euro und damit rund 5,4 Milliarden Euro beziehungsweise 83 Prozent mehr als im Vorjahr (6,5 Milliarden Euro). Die tatsächliche Summe ist noch weit höher, da für eine Reihe von gemeldeten Vorhaben derzeit noch keine Kostenschätzung möglich ist und diese im Volumen daher noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Insgesamt umfasst die Bekanntgabe mit 251 Vorhaben nicht nur 46 mehr Projekte als im Vorjahr, sondern auch die geschätzten Kosten steigen teilweise deutlich an bzw. sind die neuen Projekte sehr kostenintensiv. Dazu gehört beispielsweise der Neubau der U-Bahn-Strecke U9 zur Entlastung der Innenstadtlinien, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Münchner Norden oder die Sanierung der Markthallen. Ein Großteil des Anstiegs ist außerdem auf die Ausbauoffensive im Bereich Kindertagesbetreuung und Schulen und auf dringend notwendige Maßnahmen des Substanzerhalts zurück zu führen. Da es sich hierbei größtenteils um gesetzliche Pflichtauf-

gaben handelt, ist eine Priorisierung oder Verschiebung bei diesen Maßnahmen nur in geringem Umfang möglich.

Eine Realisierung aller in der Bekanntgabe genannten Vorhaben würde nach derzeitiger Kalkulation zusätzliche jährliche Folgekosten zwischen 150 und 200 Millionen Euro auslösen.

Finanzierung durch Mehreinnahmen oder Nettoneuverschuldung?

Um diese Projekte zu finanzieren, müssten die künftigen Einzahlungen mindestens so stark steigen wie die konsumtiven und die investiven Auszahlungen zusammen. Nur so ließe sich eine Nettoneuverschuldung vermeiden. Da dies aber angesichts der nach wie vor unstillen weltweiten Wirtschafts- und Finanzsituation nicht wahrscheinlich ist, ist nicht auszuschließen, dass die zusätzlichen Finanzbedarfe mittelfristig nicht mehr ohne Nettoneuverschuldung abzudecken sind. Um dies soweit wie möglich zu vermeiden, sollten insbesondere die kostenintensiven Vorhaben stärker zeitlich gestaffelt werden sowie eine stärkere Priorisierung der gewünschten Vorhaben stattfinden.

Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

„Wie dieser Gesamtüberblick zeigt, ist der Investitionsbedarf einer dynamisch wachsenden Stadt wie München enorm. Es wird daher verstärkt um die Prioritätensetzung gehen: Was ist wann in welcher Höhe finanzierbar?“

Der Stadtrat entscheidet

Die Beratung und Beschlussfassung über den vorgelegten Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 - 2018 erfolgt am 16. Dezember 2014 im Finanzausschuss und in der Vollversammlung des Stadtrates am 17. Dezember 2014.

Deutscher Städtebaupreis 2014 – Münchner Projekte ausgezeichnet

(16.9.2014) Beim diesjährigen Deutschen Städtebaupreis waren gleich drei Projekte aus München erfolgreich: die Hofstatt, das Stadthaus Sendlingerstraße von Meili, Peter wurde gemeinsam mit dem Weltquartier der IBA Hamburg in Hamburg-Wilhelmsburg mit dem Hauptpreis ausgezeichnet. Die Quartiersentwicklung Piusplatz der GEWOFAG sowie die energetische Modernisierung und Lückenschließung Zornedinger Straße der GWG erhielten Belobigungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), die gemeinsam mit der Wüstenrot-Stiftung den Preis verleiht.

Mit der erstmaligen Vergabe von zwei Deutschen Städtebaupreisen hat die Fachjury der Bandbreite an Herausforderungen Rechnung getragen, vor denen die deutschen Städte aktuell stehen: So macht das prämierte Projekt der Hofstatt deutlich, wie in einer gewachsenen Innenstadt Um-

strukturierung und Nachverdichtung durch private Hand den Stadtkörper qualitativ weiterentwickeln kann. Das prämierte Weltquartier der IBA Hamburg auf der anderen Seite zeigt beispielhaft, wie in bestehenden Wohnquartieren und gemeinsam mit den vorhandenen Bewohnerstrukturen innovative und nachhaltige Modernisierungsprozesse initiiert und umgesetzt werden können.

Bei der Preisverleihung vergangene Woche in Stuttgart freute sich Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk: „Die Umstrukturierung der ‘Hofstatt München’ hat das Fußwegenetz verbessert, neue Qualitäten in die Innenstadt gebracht und anspruchsvolle Architektur mit denkmalpflegerischer Sensibilität kombiniert. Dass beim Deutschen Städtebaupreis 2014 auch unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften berücksichtigt wurden, bestätigt das Engagement der Landeshauptstadt München für hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum.“

Weitere Infos zu den Projekten sind unter www.staedtebaupreis.de eingestellt. Alle Auszeichnungen und Belobigungen des Deutschen Städtebaupreises einschließlich der Münchner Projekte werden in einer Ausstellung zu sehen sein, die am Dienstag, 2. Dezember, im Foyer des Plantreff, Blumenstraße 31, eröffnet und bis März 2015 gezeigt wird.

Städtische Forstverwaltung bekommt „Wald-vor-Wild“-Preis

(16.10.2014) Wald und Wild unter ökologischen Aspekten in Einklang zu bringen – das funktioniert. Bei der Städtischen Forstverwaltung so hervorragend, dass der Bund Naturschutz Bayern e. V. und der Ökologische Jagdverein (ÖJV) den Betrieb des Kommunalreferats auszeichnete.

Die Stadt München erfüllt auf ihren Waldflächen seit Jahrzehnten vorbildlich die gesetzlichen Vorgaben. Schließlich heißt es, wann immer der Wald Gefahr läuft, dass seine allzu zahlreichen pflanzenfressenden Bewohner ihn zu sehr ausnutzen, müssen die Förster und Jäger eingreifen.

Die städtischen Wälder bedeuten Reichtum für Generationen und prägen das Gesicht der Stadt als zweitgrößter Kommunalwaldbesitzer Bayerns. München sieht sich mit seinem Forst als Bürgerwald gegenüber dem Gemeinwohl verpflichtet. Die über 5.000 Hektar Wald – dies entspricht der Größe des Ammersees – teilen sich wie folgt auf: 2.400 Hektar Stadtwald, zirka 1.800 Hektar Stiftungswald Forst Kasten. Der Rest ist Naherholungswald, Gutswald und Vorratsfläche. All diese Hektar liefern den umweltfreundlichen nachwachsenden Rohstoff Holz und sichern so Wertschöpfung. Als Lebensraum und Lebensgrundlage für Tiere und Pflanzen erfüllt der Wald der Städtischen Forstverwaltung vielfältige und wichtige Funktionen für den Menschen, die Infrastruktur und den Naturhaushalt. Hirsche, Rehe, Gämsen, Damwild und andere Schalenwildarten jedoch setzen dem Wald zu. Darum sieht das Gesetz vor, Wildbestände so zu

bejagen, dass die standortheimischen und standortgerechten Baumarten sich in der Regel ohne Schutzmaßnahmen verjüngen lassen sollen. „Mit unserem Ansatz wollen wir nach dem Grundsatz der Ökologie Richtlinien für die Jagd liefern, von der Waldbau, Natur-, Arten- und Tierschutz betroffen sind“, erklärt Kommunalreferent Axel Markwardt. „Die Aufgabe bei der durch unsere Städtische Forstverwaltung organisierten Jagd ist es, in der Kulturlandschaft ökologische und unzumutbare ökonomische Schäden zu verhindern und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“

Auszeichnungen in den Bereichen Bildende Kunst und Musik

(16.10.2014) Die Stadt München fördert und unterstützt Künstlerinnen und Künstler am Anfang ihrer Professionalität und vergibt dafür jährlich Stipendien. Am Dienstag, 21. Oktober, werden für ein herausragendes künstlerisches Vorhaben im Bereich Bildende Kunst **Heike Jobst** für ihr Projekt „Mnemosyne“ (Erinnerung und Wissen), **Angela Stauber** für ihr Projekt „die reflexion der stadt“, **Anja Uhlig/realitaetsbüro** für die Fortsetzung ihres Projekts „Spitzbergen“ und **Katrin Winkler** für ihr Rechercheprojekt „towards memory“ (Arbeitstitel) ausgezeichnet. Im Bereich Musik gehen Stipendien an **Komalé Akakpo** für die Weiterentwicklung des Hackbretts, an die Komponistin und Musikerin **Monika Roscher** für die Produktion einer neuen CD und an **Diana Syrse Valdés Rosado** für ein interdisziplinäres Konzertprojekt mit dem noch jungen Münchner Ensemble „Breakout“. Die Stipendien sind mit jeweils 6.000 Euro dotiert.

Die Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise zur Auszeichnung von Nachwuchskünstlern erhalten im Bereich Bildende Kunst **Stefanie Hammann & Maria von Mier** für ihr Projekt „HAMMANN&VONMIER“ in Höhe von 3.000 Euro und im Bereich Musik die Sängerin **Sophie Mefan** zur Weiterbildung im Musicalbereich und die Cellistin **Katarina Schmidt** zum Ausbau ihrer solistischen und kammernusikalischen Aktivitäten in Höhe von jeweils 3.000 Euro.

Zur Preisverleihung vor geladenen Gästen spricht Stadtrat Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers überreicht die Urkunden. Nähere Informationen sowie Jurybegründungen sind im Internet unter www.muenchen.de/kulturfoerderung unter „Preise“ abrufbar.

„Netzwerk21Kongress“: Veranstaltung zur Nachhaltigkeit

(16.10.2014) Die Zeit wird knapp: Wenn der Umstieg auf eine nachhaltige Lebensweise gelingen soll, müssen viele Handelnde an einem Strang ziehen – und das zeitnah. Der thematische Schwerpunkt des Netzwerk21

Kongresses, der am 23. und 24. Oktober erstmals in München (Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Straße 1) gastiert, liegt auf dem als „Die große Transformation“ benannten Umbau der Gesellschaft hin zu einem nachhaltigen Lebensstil. Er trägt den Titel: „Brücken in die Zukunft – Wandel vor Ort gestalten“. Bereits zum achten Mal findet der bundesweite Netzwerk 21 Kongress statt. Wie in den Jahren zuvor finden sich lokale Entscheiderinnen und Entscheider aus Verwaltung, dem NGO-Bereich, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über lokale Lösungen für globale Nachhaltigkeits-Probleme zu diskutieren und neue Prozesse anzuschließen.

Die Besonderheit: Nicht die Kommune allein richtet über das Referat für Gesundheit und Umwelt den Kongress aus, sondern dies geschieht gemeinsam mit den Umweltorganisationen Green City e.V. und GRÜNE LIGA Berlin e.V., denn die anstehenden Herausforderungen können nicht von einzelnen Akteuren erfolgreich bewältigt werden. „Der Einfluss einer Stadt auf den lokalen Klimaschutz misst sich auch am Engagement der Zivilgesellschaft“, sagt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt. „Kommunen stellen Strukturen bereit und können Vorbild für die Stadtgesellschaft sein. Die Stadtverwaltungen können zum nachhaltigen Handeln ermuntern. Aber den Klimaschutz mit Leben füllen, kann nur die Stadtgesellschaft. Deshalb ist die Vernetzung unter den Kommunen und in München von zentraler Bedeutung“, sagt Lorenz. Das schlägt sich auch in den Veranstaltungen nieder: Interdisziplinäre Teams haben miteinander vernetzte Workshop-Reihen zu den Themen Partizipation, Konsum, Energie und Mobilität entwickelt. Die Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit, gemeinsam Visionen zu erarbeiten, Hindernisse zu überwinden und erfolgreiche Beispiele in den eigenen Arbeitsalltag zu integrieren. Auch über das Kongressende hinaus sollen so nachhaltige Netzwerke etabliert werden. Martin Glöckner, Geschäftsführer von Green City e.V. ergänzt: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, einen Kongress auf die Beine zu stellen, bei dem interdisziplinär an konkreten Lösungen gearbeitet wird. So kann jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer motiviert und mit neuen Ideen in der jeweiligen Kommune aktiv werden“.

Ein weiterer Schwerpunkt beim Kongress in München ist das Forum kommunale Entwicklungspolitik. Fast 200 Milliarden Euro investieren Kommunen in die öffentliche Beschaffung – eine Summe mit der die weltweiten Produktionsbedingungen durchaus beeinflusst werden können. „Kommunen haben eine enorme Wirtschaftskraft“, sagt Lorenz. „Der Verzicht auf Pflastersteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit, der Einkauf fairer Sportbälle und umweltfreundlicher Möbel sind konkrete Beiträge, die wir leisten können.“ Drei Foren zeigen nachhaltiges und faires kommunales Handeln, dem sich München als Fair Trade Town verpflichtet fühlt.

Nachhaltigkeitspreis ZeitzeichenN

Am Abend des 23. Oktobers wird im Rahmen des Netzwerk21 Kongresses der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis Zeitzeichen verliehen. Die Auszeichnung rückt beispielhaftes Engagement für eine lebenswerte Zukunft ins öffentliche Bewusstsein. Vorbildliche Initiativen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, werden durch die Preisverleihung öffentlich anerkannt. Aktivitäten, die Brücken in unserer Gesellschaft bauen und zum nachhaltigen Handeln ermuntern, erfahren Wertschätzung, erhalten neue Anstöße und regen zum Mitmachen an. „Die hier prämierten guten Ideen sollen zum nachhaltigen Handeln ermuntern und Stein des Anstoßes für zukunftsfähige und lebenswerte Kommunen sein“, so Karen Thormeyer, Sprecherin des Netzwerk21 Kongresses von der GRÜNEN LIGA Berlin. Veranstaltet wird der Kongress von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. in Kooperation mit der Landeshauptstadt München und Green City e.V. Er wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH sowie zahlreichen Sponsoren und Partnern unterstützt.

Weitere Informationen gibt es auf www.netzwerk21kongress.de.

Städtische Friedhöfe: Verwaltung eingeschränkt erreichbar

(16.10.2014) Wegen einer internen Veranstaltung sind am Montag, 20. Oktober, die Aufbahrungen und die Verwaltungen aller Friedhöfe ab 12 Uhr geschlossen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ab dann auch telefonisch nicht erreichbar. Die Verwaltung in der Damenstiftstraße 8 ist ab 13 Uhr geschlossen und dann ebenfalls nicht mehr telefonisch erreichbar. Davon nicht betroffen sind die Aufbahrung (Feuerbestattungen) des Ostfriedhofes sowie die Verwaltung des Krematoriums. Auch die Friedhöfe sind wie gewohnt für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Die Städtische Bestattung ist am Montag, 20. Oktober, persönlich sowie telefonisch wie gewohnt im Palais Lerchenfeld (Damenstiftstraße 8) unter 2 31 99-02 erreichbar.

Vortrag und Diskussion zum Klimawandel im Amazonas

(16.10.2014) Im Amazonas sind die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren – die Lebensbedingungen der Asháninka, einem indigenen Volk aus Peru, ändern sich. Anhand von Fotos berichten Lourdes Irova und Ociel Egoavil, zwei Delegierte der Asháninka, anschaulich von den Auswirkungen des Klimawandels vor Ort. Der Vortrag findet am Freitag, 17. Oktober, von 19 bis 21 Uhr im EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80, statt. Die Veranstaltung vom Referat für Gesundheit und Umwelt und dem NordSüd-



Forum e.V. ist in spanischer Sprache und wird übersetzt. Der Eintritt ist frei. Im Anschluss an den Vortrag ist eine Diskussion geplant. Bis 26. Oktober sind die beiden Delegierten der Asháninka zu Gast in München, um an Münchner Schulen, Kitas und bei öffentlichen Veranstaltungen authentisch und anschaulich über die Folgen der Zerstörung des amazonischen Regenwaldes zu berichten und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die Klimapartnerschaft ist durch die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt München im europäischen Klima-Bündnis e.V. entstanden. Das Klima-Bündnis setzt sich für den lokalen Klimaschutz und den Schutz der Regenwälder durch die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Amazonien ein.

Künstlersonntag im Oktober und 100 Offene Ateliers im November

(16.10.2014) Diesen Sonntag, 19. Oktober, laden wieder einige Künstlerinnen und Künstler zum Gespräch in das Atelierhaus am Domagkpark, Margarete-Schütte-Lihotzky-Straße 30, ein. Es besteht die Möglichkeit, von 15 bis 18 Uhr einige Ateliers zu besichtigen, um 16 Uhr wird eine Führung angeboten. In der Ausstellungshalle ist das Projekt „breaking walls“ zu sehen. Vom 14. bis 16. November wird das gesamte Haus offenstehen. Dann findet unter dem Titel „100 Offene Ateliers“ die jährliche Gemeinschaftsveranstaltung statt, bei der alle Künstlerinnen und Künstler Einblick in ihre Arbeit geben und aktuelle Werke präsentieren.

Künstler-Sonntag am 19. Oktober

Folgende Künstlerinnen und Künstler laden von 15 bis 18 Uhr zum Gespräch in ihr Atelier: Andreas Jungk (Fotografie, Malerei, Raum S.E. 20), Hau Chun Kwong (Malerei, Grafik, Raum N.E. 08), Zhenya Li (Design, Fotografie, Malerei, Raum N.O. 04), Christine Linder (Malerei, Raum M.O. 06), Andrea Ramos-Perez (Malerei, Raum N.O. 11), Liza Reich (Grafik, Malerei, Raum M.O. 01), Ulrike Riede (Bildhauerei, Malerei, Raum M.O. 21), Susanne Schütte-Steinig (Installation, Mixed Media, Performance, Raum M.E. 13), Bernhard Springer (Malerei, Raum N.O. 16), Maria Wallenstall-Schoenberg (Malerei, Raum N.O. 10), Gotlind Timmermanns (Malerei, Raum M.E. 16), Anja Verbeek von Loewis (Malerei, M.E. 06), Heidi Willberg (Malerei, Raum M.E. 07).

Ein geführter Rundgang durch fünf bis sechs Ateliers wird um 16 Uhr angeboten. Treffpunkt für die Führung ist am Haupteingang des Atelierhauses.

100 Offene Ateliers am Domagkpark vom 14. bis 16. November

Am Freitag, 14. November, um 19 Uhr starten die jährlichen Offenen Ateliertage. Die Ausstellungshalle wird zu diesem Anlass von mehreren Künstlerinnen und Künstlern gestaltet. Alle 100 Ateliers werden an diesem

Tag bis 22 Uhr offenstehen. Am Samstag und Sonntag ist von 14 bis 20 Uhr geöffnet, in regelmäßigen Abständen wird es kostenlose Führungen geben (ohne Anmeldung). Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Details in Kürze auf www.atelierhaus-domagkpark.de

Wichtiger Hinweis

Das Städtische Atelierhaus am Domagkpark in der Margarete-Schütte-Lihotzky-Straße ist derzeit umgeben von einer Großbaustelle – bitte die Wegbeschreibung unter www.atelierhaus-domagkpark.de nutzen, da die Orientierung vor Ort derzeit schwierig ist.

Presseanfragen zum Städtischen Atelierhaus am Domagkpark beantwortet die Pressestelle des Kulturreferats der Landeshauptstadt München unter Telefon 2 33-2 60 05 und presse.kulturreferat@muenchen.de.

Stadtbibliothek Sendling: Crashkurs „Vorstellungsgespräch“

(16.10.2014) Eine Einladung zum Bewerbungsgespräch ist schon ein erster Erfolg – jetzt kann man zeigen, was in einem steckt und das gelingt am besten mit einer gezielten Vorbereitung auf das Gespräch. Dozent Aaron Menzel vermittelt am Dienstag, 21. Oktober, 19 bis 21 Uhr, in der Stadtbibliothek Sendling, Albert-Roßhaupter-Straße 8, mit welchen Fragen man rechnen muss und wie man auch in kniffligen Situationen souverän reagieren kann. Die Veranstaltung beinhaltet Themen wie Selbstanalyse der eigenen Kompetenzen, Dresscode und Selbstpräsentation, Ablauf eines Vorstellungsgesprächs, häufig gestellte Fragen und ihre Bedeutung und wie man über eigene Ziele und Erwartungen spricht. Der Crashkurs findet im Rahmen von „Aperitif“ – dem Infoprogramm der Münchner Volkshochschule (MVHS) und Münchner Stadtbibliothek statt. Der Eintritt kostet 11 Euro. Die Anmeldung erfolgt über die Volkshochschule Süd, Telefon 74 74 85 20, unter der Kursnummer JS 140.

MVHS: Podiumsdiskussion „Kaufen für die Müllhalde“

(16.10.2014) Im Rahmen des 8. Münchner Klimaherbstes zum Thema „Es reicht. Wieviel Haben braucht das Sein?“ lädt die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) am Dienstag, 21. Oktober, um 19 Uhr im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, zu der Filmdokumentation „Kaufen für die Müllhalde. Das Prinzip der geplanten Obsoleszenz“ ein.

Glühbirnen, Nylonstrümpfe, Drucker, Mobiltelefone – bei den meisten dieser Produkte ist das Abnutzungsdatum bereits geplant. Die Verbraucher sollen lieber einen neuen Artikel kaufen, als den defekten reparieren zu lassen. Die bewusste Verkürzung der Lebensdauer eines Industrieerzeugnisses, um die Wirtschaft in Schwung zu halten, nennt man „ge-



plante Obsoleszenz“. Bereits 1928 schrieb eine Werbezeitschrift unumwunden: „Ein Artikel, der sich nicht abnutzt, ist eine Tragödie fürs Geschäft.“ Die Filmdokumentation von Cosima Dannoritzer, die für zahlreiche Preise nominiert ist, geht dem Phänomen nach und wirft einen kritischen Blick auf die moderne Wegwerfgesellschaft. Im Anschluss an die Filmvorführung steht Jürgen Reuß, Journalist und Autor des gleichnamigen Buches „Kaufen für die Müllhalde“, für ein Publikumsgespräch zur Verfügung. Der Eintritt ist frei. Nähere Infos sind unter Telefon 4 80 06-62 20 erhältlich oder im Internet unter www.mvhs.de/offene-akademie abrufbar. Am Donnerstag, 23. Oktober, 19 Uhr, eröffnet die MVHS darüberhinaus im Gasteig die Filmreihe „Green Visions“ mit der Umweltdokumentation „Trashed – Weggeworfen“ mit Oscar-Preisträger Jeremy Irons. Nähere Informationen unter www.mvhs.de/offene-akademie. Ansprechpartner: Klaus Blanc, Fachgebiet Literatur und Film der MVHS, Telefon 44 47 80-40, Klaus.Blanc@mvhs.de, und Susanne Lößl, Leiterin der Pressestelle der MVHS, Telefon 4 80 06-61 88, Susanne.Loessl@mvhs.de



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Zurück zu Microsoft? – warum?

Anfrage Stadträte Dominik Krause und Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 3.9.2014

Zurück zu Microsoft? – warum?

Anfrage Stadträte Dominik Krause und Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 3.9.2014

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Mit Ihrem Schreiben vom 03.09.2014 haben Sie vor dem Hintergrund aktueller Medienberichte zu einer möglichen „Rückkehr zu Microsoft“ zwölf Fragen an mich bzw. weitere Personen im Kontext der IT der Landeshauptstadt München adressiert. Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Stimmt es, dass ein Re-Migration zum Betriebssystem MS Windows ernstlich in Betracht gezogen wird?

Antwort:

Seit meinem Interview in der „StadtBild“, in dem ich als Microsoft-Fan bezeichnet wurde, erreichten mich viele Zuschriften, die sich mit der Frage beschäftigten, ob unsere IT insgesamt so aufgestellt ist, dass Sie die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer jederzeit zufriedenstellend abdecken kann und insgesamt leistungsfähig genug für eine modere Großstadtverwaltung ist.

Dazu gehören verschiedene Facetten, eine davon ist eine entsprechende Nutzerzufriedenheit. Es geht hier weder um meinen persönlichen Geschmack noch meine individuellen Erfahrungen mit Open Source.

Frage 2:

Wurde die in den Medien genannte externe Prüfung schon in die Wege geleitet?

Antwort:

Bisher wurde keine Prüfung in die Wege geleitet.

Frage 3:

Wenn Frage 2 mit Ja beantwortet wird: Welche unabhängige Agentur wurde mit der Prüfung beauftragt? Wie ist gesichert, dass die Prüfung garantiert unabhängig erfolgt und die Geschäftsinteressen des einflussreichen Unternehmens Microsoft hier keine Rolle spielen? Wie viel kostet diese Überprüfung und wie wird sie finanziert? Warum wurde dies dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgelegt?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4:

Wenn Frage 2 mit Nein beantwortet wird: Wann soll eine solche externe Prüfung in die Wege geleitet werden und wann wird der Stadtrat darüber entscheiden?

Antwort:

Ich habe beauftragt, eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der Hauptabteilung III im Direktorium, IT-Strategie und IT-Steuerung/IT-Controlling (STRAC) einzurichten, die aus Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Stadtkämmerei, des Personal- und Organisationsreferats und der 3 IT-Häuser „dezentrales Informations-, Kommunikations- und Anforderungsmanagement in den Referaten“ (dIKA), dem technischen IT-Dienstleister it@M und STRAC besteht. In dieser Arbeitsgruppe soll ein Leistungsverzeichnis für die Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens erarbeitet werden, um folgende Fragen zu klären:

- Ist die städtische IT leistungsfähig genug, um den Ansprüchen an eine moderne Großstadtverwaltung gerecht zu werden?
- Kann sie die Bedürfnisse ihrer Nutzerinnen und Nutzer jederzeit zufriedenstellend abdecken?
- Wie effizient ist unsere IT-Organisation?
- Wie wirtschaftlich ist sie?

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Zeit- und Kostenfrage dieser Begutachtung zu klären. Insgesamt geht es mir hierbei nicht primär um die Frage des Betriebssystems, sondern um die Gewährleistung einer zukunftsfähigen städtischen IT.

Die Arbeitsgruppe wird mir regelmäßig berichten und mir nach ihrer Konstitution auch eine Planung zur weiteren Vorgehensweise vorlegen. Nachdem das Leistungsverzeichnis vorliegt, werde ich über die weiteren Schritte entscheiden.

Frage 5:

Auf welche Beschwerden bezieht sich die Begründung dieser Überprüfung? Gibt es eine valide MitarbeiterInnenbefragung? In wie fern ist gesichert, dass die genannten Beschwerden ursächlich primär mit dem Umstieg auf Open Source-Software zu tun haben?

Antwort:

Im Rahmen der Mitarbeiterbefragung „Great Place to Work“ gab es insgesamt ca. 1.000 Freitextmeldungen zum Bereich der IT. Hierbei war natürlich nicht ausschließlich das Betriebssystem ein Thema, sondern auch verschiedenste andere Facetten der IT, wie z. B. Hardware, Fachanwendungen, Support oder Telearbeit. Welche der genannten Inhalte ursächlich mit Open Source in Verbindung stehen, ist zum aktuellen Zeitpunkt jedoch nicht erhoben. Unter anderem aus diesem Grund ist eine Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geplant, um vorhandene Verbesserungspotentiale im Bereich des Arbeitsplatzes zu identifizieren und zu realisieren. Hierzu wird der Stadtrat noch in diesem Jahr befasst.

Frage 6:

Stimmt es, dass das Vermeiden von Lizenz- und Beratungskosten für proprietäre Software – insbesondere Microsoft-Produkte – in den letzten Jahren Millionen Kosten erspart hat?

Antwort:

In der Sitzungsvorlage Nr. 08-14 /V 10463 vom 21.11.2012 wurde ein Kostenvergleich mit dem Alternativsystem Windows dargestellt. Zum Vergleich mit der Ausstattung der LiMux-Arbeitsplätze und der im Rahmen des LiMux Projektes kostenwirksamen Bestandteile wurde ein Vergleichssystem mit Windows 7 und Microsoft Office 2010 gegenübergestellt sowie alle Projektparameter (Umfang, Dauer, Vorgehensweise, verwendete Technik, externe Unterstützung usw.) für LiMux und Windows gleich gesetzt, da konkrete Kosten für die flächendeckende Windows-Migration bei der LHM nicht vorlagen. Im Ergebnis führt diese Darstellung dazu, dass bei LiMux ca. 11 Mio. an Lizenzkosten eingespart wurden und die Ablösung der PC-Hardware nicht zwingend bei der Migration erfolgen musste, was zu einer längeren Nutzung von PCs geführt hat.

Frage 7:

Welche Investitionen in den LiMux-Umstieg wären bei einer Rückkehr zu Microsoft verloren?

Antwort:

Die Leitung von it@M nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Verlorene Investitionen“ im Sinne der Fragestellung wären auf jeden Fall die Ausgaben, die während des LiMux Projektes getätigt wurden, deren Ergebnisse nicht mehr bei einer „Rückkehr“ verwendbar wären.

Dazu gehören

- alle Ausgaben, die mit der Projekt-Durchführung und der externen Unterstützung dafür zusammenhängen,
- die Schulungskosten,
- die Anpassungskosten für Fachverfahren (z.B. Hotelbuchungssystem im RAW),
- die für LiMux gekauften Lizenzen proprietärer Anwendungen (z.B. Virens Scanner),
- die Kosten für das LiMux Konfigurationsmanagement und Softwareverteilung (FAI/GoSa),
- sowie 1/3 der Office-Migrations-Kosten für die Konsolidierung der Office-Lösungen und die Einführung des neuen Formularsystems (WollMux).

Diese Ausgaben belaufen sich auf insgesamt ca. 14 Mio Euro (Basis sind die LiMux Projektausgaben zum Stand des Abschlussberichtes vom 11.12.2013).

Nicht bezifferbar sind die „verlorenen“ Ausgaben für das städtische Personal sowohl bei it@M, als auch in den Referaten und Eigenbetrieben.

Die Office-Migrationskosten werden nur zu 1/3 als „verloren“ gerechnet, da die Konsolidierung und Vereinheitlichung zu insgesamt wesentlich weniger und besser dokumentierten Makros und Vorlagen geführt hat und somit weiter von Nutzen ist.

Die Ausgaben für die Einführung und Optimierung des Anforderungsmanagements, Releasemanagements und Testmanagements sind nicht „verloren“, da die Ergebnisse auch bei einer „Rückkehr“ genutzt werden können.

Eine Alternativenbetrachtung, welche Ausgaben auch bei einer Migration auf ein neues Windows-System angefallen wären, wurde hierfür nicht vorgenommen. Genauso wenig wurden Spekulationen berücksichtigt, ob für seit der Migration beschaffte Hard- und Software günstigere oder höhere Angebotspreise erzielt wurden.

Frage 8:

Werden auch Hardwarekosten bei einem Microsoft-Umstieg entstehen und wenn ja in welchem Umfang?

Antwort:

Die Leitung von it@M nimmt dazu wie folgt Stellung:

Ob und wenn ja, welche, Hardwarekosten bei einem Microsoft-Umstieg entstehen, hängt wesentlich von der Migrationsstrategie, der notwendigen Microsoft Infrastruktur und der zu verwendenden Betriebssystemversion ab.

Bei einem flächendeckenden Umstieg auf Windows 7 in kurzer Zeit müssten alle PCs ausgetauscht werden, die derzeit noch nicht Windows 7-fähig sind. Das würde Kosten in Höhe von ca. 3,15 Mio Euro verursachen. Bei einem Umstieg auf Windows 8.x wären die Kosten noch wesentlich höher.

Zu den Kosten für PC-Hardware würden noch Kosten für auf- bzw. auszubauende Microsoft-Infrastruktur (Hardware- und Lizenzkosten für z.B. Softwareverteilung) kommen, die ohne weitere Planung derzeit nicht bezifferbar sind.

Frage 9:

Würden wesentliche Projekte, die auf Grundlage des Open Source-Umfelds begonnen wurden, verzögert und bisherige Investitionen verloren sein?

Antwort:

Die Leitung von it@M nimmt dazu wie folgt Stellung:

Es kann nicht genau ermittelt werden, welche Projekte sich verzögern würden und ob damit bisherige Investitionen verloren wären.

Die Vorhabensplanung für 2015 ist in der ersten Stufe abgeschlossen und abgestimmt. Sollte ein Vorhaben „Rückkehr zur Microsoft“ für 2015 mit einer entsprechenden Priorität beschlossen werden, müsste die Vorhabensplanung komplett überarbeitet werden. Derzeit sind alle für Vorhaben verfügbaren Kapazitäten stadtweit verplant, die Kapazitäten, die für ein Umstiegsprojekt notwendig wären, müssten von bereits geplanten Vorhaben abgezogen werden.

Somit müssten alle Vorhaben neu priorisiert und abgestimmt werden. Erst dann wäre bekannt, welche Projekte verschoben werden müssten.

Im Planungszyklus 2015_1 sind derzeit u.a. folgende Vorhaben geplant, die von einer Überarbeitung betroffen wären, da sie auf die gleichen Plan + Build – Infrastrukturressourcen zugreifen:

- Modernisierung Mail und Kalender
- stadtweiter zentraler Fileservice
- Betriebsstabilisierung
- stadtweiter Printservice
- Modernisierung der Netz- und Securityinfrastruktur

Von „verlorenen Investitionen“ kann ohne eine differenzierte Betrachtung nicht gesprochen werden. Die vorhandene Infrastruktur unterstützt grundsätzlich beide Clientwelten. Allerdings ist die Lizenzierung oft plattformabhängig, so dass eine Lizenzvermessung stattfinden müsste.

Frage 10:

Wie sind aus Sicht der städtischen IT (Leitung des Direktoriums, Leitung von STRAC – IT-Strategie und IT-Steuerung – im Direktorium, Leitung des städtischen IT-Dienstleiters IT@M) Microsoft-Produkte in puncto Sicherheit (Anfälligkeit für Angriffe von außen, Viren, Trojaner etc.) im Vergleich zu Open-Source-Produkten zu beurteilen?

Antwort:

Die Leitung des Direktoriums, die Leitung von STRAC und die Leitung von it@M nehmen dazu wie folgt Stellung:

Vergleicht man die Anzahl der im letzten Jahr geschlossenen Schwachstellen von Windows und Linux, die das BSI im Rahmen ihres Cyber-Sicherheitslagebilds für Februar 2014 veröffentlichte, so ist dies bei Linux zwar eine höhere absolute Zahl als bei Windows, jedoch ist der Anteil der davon als kritisch eingestuft Schwachstellen bei Linux geringer als bei Windows.

Alleine diese beispielhafte Konstellation im Vergleich der beiden Produktgruppen lässt viel Raum für Interpretationen und subjektive Einschätzungen, weswegen es sich schwierig gestaltet, eine eindeutige Aussage im Hinblick auf die Sicherheitseigenschaften ganzer Produktfamilien zu treffen. Dies ist nicht zuletzt auch dadurch bedingt, dass IT-Sicherheit als komplexes Themenfeld zu werten ist, das durch viele Aspekte bestimmt wird. Unbenommen jedoch ist, dass die Attraktivität von Microsoft-Produkten als Zielplattform für die Entwickler von Schadsoftware deutlich höher ausgeprägt ist als die von Linux. Geschuldet dürfte dies nicht zuletzt dem hohen Marktanteil von Microsoft im Arbeitsplatz-Bereich sein, der dazu führt, dass eine hohe Anzahl von Angriffswerkzeugen und Schadsoftware für Microsoft Produkte verfügbar ist. In der Konsequenz ist folglich damit zu rechnen ist, dass ein Arbeitsplatz auf Basis von Microsoft-Produkten in

einer vernetzten Umgebung einer größeren Anzahl von Bedrohungen für die IT-Sicherheit ausgesetzt ist als ein Open Source-Arbeitsplatz. Die dargestellte Situation hat jedoch auch in anderen Bereichen Effekte, sodass sich z. B. der Markt für Schutzsoftware stark auf Microsoft-Produkte fokussiert. Dies hat zur Folge, dass die diesbezügliche Verfügbarkeit von Lösungen und Services für den Unternehmenseinsatz, etwa zur Abwehr von Schadsoftware auf Arbeitsplätzen, im Windows-Umfeld deutlich höher ausgeprägt ist als im Open Source-Umfeld.

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass im Microsoft-Umfeld ein höheres Potential für Bedrohungen existieren, dass aber immer die konkrete Situation in Bezug auf Angriffsinteressen berücksichtigt werden muss.

Zusammenfassend wird somit ersichtlich, dass eine abschließende und für die gesamte Verwaltung der Landeshauptstadt München gültige Beurteilung der Fragestellung nicht objektiv darstellbar ist. In Bezug auf die IT-Sicherheit, insbesondere vor dem Hintergrund einer stadtweiten Betrachtung, haben beide Produktfamilien Vor- und auch Nachteile zu verzeichnen.

Frage 11:

Wie stehen die in der Landeshauptstadt München bisher für die IT zuständigen Personen (bisherige IT-Bürgermeisterin Christine Strobl, Leitung des Direktoriums, Leitung von STRAC im Direktorium, Leitung des städtischen IT-Dienstleiters IT@M) zum Erfolg der LiMux-Migration und zur etwaigen Rückkehr zu Microsoft?

Antwort:

Die 3. Bürgermeisterin Frau Strobl nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Mit Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses im Jahr 2001 wurde die Verwaltung beauftragt den Markt hinsichtlich des Einsatzes von Office-Produkten und Client-Betriebssystemen zu beobachten und in der Folge dem Stadtrat Alternativen zu Entscheidung vorzulegen.

Dieser Beschluss und alle folgenden, die sich mit Linux als Client-Betriebssystem der städtischen IT befassten, insbesondere der Beschluss zur Umsetzung der Client-Migration vom 16.06.2004, wurden mit großer Mehrheit vom Stadtrat gefasst.

Nach gründlicher Prüfung bin ich auch heute noch der Meinung, dass diese Beschlüsse richtig waren.

Die Leitung des Direktoriums, die Leitung von STRAC und die Leitung von it@M nehmen dazu wie folgt Stellung:

Mit Stadtratsbeschluss vom 16.06.2004 wurde die Verwaltung beauftragt die Umstellung der Clients auf Open Source vorzunehmen. Das Ziel der Office-Umstellung wurde im Wesentlichen Ende 2010 erreicht, mit einzelnen Nacharbeiten, die Anfang 2012 abgeschlossen waren. Das hauptsächliche Projektziel, die Umstellung von ca. 80% der Verwaltungs-PC (ca. 12.000) auf den LiMux Arbeitsplatz, wurde bereits im Oktober 2012 erreicht. Zum Stand 23.08.2013 (Projektende) waren 14.663 LiMux Arbeitsplätze im Betrieb. Aus Sicht des ursprünglichen Stadtratsauftrags und des Projektauftrags kann von einem erfolgreichen Projektverlauf gesprochen werden (s.a. Projektabschlussbericht; Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13603).

Neben der reinen Umstellung der Clients konnten im Rahmen des Projekts noch wesentliche weitere Verbesserungen erzielt werden. Exemplarisch zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Unterstützung offener Standards oder die Reduzierung der Heterogenität bei Makros und anderen Office-Lösungen. Aus IT-interner Sicht kommt der erfolgreichen Etablierung von wirksamen und erprobten Prozessen zum Anforderungs-, Test- und Releasemanagement von LiMux besondere Bedeutung zu. Ergänzend ist anzumerken, dass zum Start des LiMux-Projekts vor ca. 10 Jahren die Ankündigungen in Ländern und Bund, auf offene Standards und Open Source zu setzen, deutlicher waren, als dies die bis heute in der Realität umgesetzten Ergebnisse zeigen. Aus diesem Grund bestehen in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden heute teilweise Hürden, die so nicht absehbar waren. Auch sind die Aussagen von Softwarelieferanten, Open Source in vollem Umfang zu unterstützen, von einzelnen Anbietern nicht im erwarteten Maß umgesetzt worden. Mit dieser Situation muss sich die Stadt im Rahmen der Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes angemessen auseinandersetzen.

Eine Rückkehr zu Microsoft bedeutet überhaupt nicht, dass es dann keine Probleme am Arbeitsplatz gibt. Eine Rückmigration würde einen erheblichen Aufwand darstellen. Ebenso ist mit negativen Auswirkungen auf parallel laufende IT-Vorhaben zu rechnen (Verzögerung, Verschiebung). Eine konkrete Aussage hierzu ist allerdings erst nach einer entsprechend fundierten Planung möglich, denn dieser Aufwand entsteht nicht nur in Bezug auf den Austausch des Betriebssystems sondern auch hinsichtlich der gesamten Managementinfrastruktur für die Arbeitsplätze, z. B. in Bereichen wie Verzeichnisdiensten oder Anmelde- und Berechtigungsverfahren.

Frage 12:

Ist die in den Medien immer wieder als Auslöser der LiMux-Überprüfung genannte Problematik, dass die Stadtspitze lange auf die Auslieferung dienstlicher Smartphones (bzw. Tablets) warten musste, LiMux geschuldet oder gibt es dafür andere Ursachen?

Antwort:

Das Betriebssystem LiMux steht in keinem Zusammenhang mit dem Zeitraum bis zur Auslieferung der dienstlichen Smartphones für die Stadtspitze.

Vielmehr besteht der Hintergrund für die Dauer der Bearbeitung darin, dass bislang keine Smartphones mit iOS-Betriebssystem in der Verwaltung eingesetzt wurden. Aus diesem Grund waren verschiedene Aktivitäten vor der Ausgabe der Geräte notwendig, um eine sachgerechte Integration in die IT-Infrastruktur zu realisieren. Hierzu zählen in Bezug auf die Geräte etwa die Festlegung der Sicherheitsmerkmale, deren Konfiguration oder auch notwendige Datenmigrationen.

Ebenso wurde durch it@M ein zusätzlicher Server in der IT-Infrastruktur eingerichtet, um die auf den iPhones gespeicherten Informationen in der Infrastruktur der LHM zu sichern statt in der iCloud von Apple. Auf diese Weise wird die Vertraulichkeit der auf den iPhones anfallenden Daten geschützt und auch Supportaktivitäten, etwa im Fall einer notwendigen Wiederherstellung, können durch it@M ohne Abhängigkeiten von Apple erbracht werden. Insofern hat it@M die vorhandenen IT-Infrastruktur erweitert, jedoch nicht um einen Mailserver, wie es oft zu lesen war.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Fußgängerbereiche und Rikschas

Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU-Fraktion)

Räume der Sanitätsstation im Servicezentrum Theresienwiese (SZT) werden für die medizinische Grundversorgung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer-Rath (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung)

Tempo 30 für den Hugo-Lang-Bogen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal und Ursula Sabathil (Fraktion Bürgerliche Mitte – Freie Wähler/Bayernpartei)

Ebola, Illegale und Afrikaner – Fragen über Fragen

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE

16.10.14

Fußgängerbereiche und Rikschas

Besonders in der Altstadt, rund um den Marienplatz, sind fast zu jeder Jahreszeit zwischenzeitlich Fahrradrickschas unterwegs. Die anderen Verkehrsteilnehmer haben sich überwiegend an die neuen Mitbenutzer des Verkehrsraums gewöhnt, auch wenn sie oft den Verkehr in engen Straßen aufhalten und durch eine überwiegend unkonventionelle Fahrweise, z.B. fast unvorhersehbar schnellen Richtungsänderungen und das häufige Missachten der rechts vor links Vorschrift auffallen. Auch zu verstärkt beobachten, dass viele Rikschafahrer mit ihren Kunden in gekennzeichnete Fußgängerbereiche einfahren, wie z.B. das Platzl, die Sendlinger- und Theatiner-Straße usw.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Ist es Rikschafahrern gestattet, in gekennzeichnete Fußgängerbereiche einzufahren?
2. Wenn ja, wieso und um welche Bereiche handelt es sich dabei?
3. Wenn nein, wieso wird dieses Verbot nicht besser überwacht?
4. Gibt oder gab es eine Aufklärungsaktion der Stadt, die die vielen Rikschafahrer in München auf die bestehenden Vorschriften und die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung hinweist?
5. Wenn nein, ist so eine Informationsaktion geplant, bzw. wird sie als sinnvoll betrachtet?
6. Werden auch städtische Überwachungskräfte, wie z.B. die Parküberwacher, eingesetzt um auch in den Fußgängerbereichen für eine Anwendung der Verkehrs-Vorschriften zu sorgen?

Richard Quaas, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

16.10.2014

Antrag Nr.:

Räume der Sanitätsstation im Servicezentrum Theresienwiese (SZT) werden für die medizinische Grundversorgung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und ab welchem Zeitpunkt die Räume der Sanitätsstation im Servicezentrum Theresienwiese (SZT) für Ärzte, Wohlfahrtsverbände, private Initiativen (z.B. Ärzte der Welt) für die medizinische Grundversorgung von Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Das Engagement vieler Ärzte für Flüchtlinge wird durch mangelnde Räumlichkeiten verhindert.

Die Ausstattung der Sanitätsstation im Servicezentrum Theresienwiese (SZT) entspricht dem hohen Niveau einer modernen Notfallambulanz.

- Grundfläche 750 qm
- fünf Behandlungsboxen, in denen Patienten parallel versorgt werden können
- zwei Räume für kleine operative Wundversorgungen
- ein Raum für Intensivmaßnahmen
- ein Überwachungsraum mit 15 Liegen
- Ruheräume mit insgesamt 13 Betten (für Männer und Frauen getrennt)
- sowie Räume für Personal

Die Landeshauptstadt München soll die Räume der SZT umgehend für die medizinische Grundversorgung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Dr. Wolfgang Heubisch
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer-Rath
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat



**Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI**

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 16.10.2014

ANTRAG

Tempo 30 für den Hugo-Lang-Bogen!

Die Landeshauptstadt München prüft, ob die Möglichkeit einer durchgängigen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für den Hugo-Lang-Bogen vom Karl-Marx-Ring bis zur Zehntfeldstraße besteht.

Falls dies nicht möglich ist, soll die aktuelle zeitliche Begrenzung (werktags, Montag bis Freitag von 7 bis 19 Uhr) auf den gesamten Hugo-Lang-Bogen ausgeweitet werden.

Begründung:

Am Hugo-Lang-Bogen befinden sich viele Grünflächen, zwei Zebrastreifen, eine Städtische Kindertagesstätte usw.. Hieraus ergibt sich, dass viele Fußgänger und Fahrradfahrer insbesondere auch Kinder unterwegs sind, für deren Sicherheit ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den ganzen Bogen nötig. Ein weiteres Risiko stellt der einbiegende Verkehr aus der Nederalmstraße im Kurvenbereich des Hugo-Lang-Bogens dar, wo permanent 50 km/h erlaubt sind.

Die derzeitige Regelung einer zeitlichen Geschwindigkeitsbegrenzung wird von den Verkehrsteilnehmern leider nur wenig beachtet. Da zudem die Verkehrsschilder in den Ferienzeiten eingeklappt werden, kommt es immer wieder zu Missverständnissen. Um für weniger Verwirrung bei allen Verkehrsteilnehmern zu sorgen, wäre eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für jede Tages- und Nachtzeit, auch in den Ferien, eine verständliche und sichere Lösung.

Initiative: **Johann Altmann**

weitere Fraktionsmitglieder: Dr. Josef Assal, Ursula Sabathil

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München

Telefon: 089 / 233 – 207 98 • Fax: 089 / 233 – 207 70 • E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
16.10.2014

Ebola, Illegale und Afrikaner – Fragen über Fragen

In der Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne läuft die Entwicklung trotz hektischer Bemühungen des Münchner OB, des Freistaats Bayern und weiterer Instanzen in diesen Tagen völlig aus dem Ruder. In den Medien ist von unhaltbaren Zuständen in- und außerhalb der Kaserne die Rede. Von der Situation vieler „Flüchtlinge“ wird aber augenscheinlich auch profitiert. So berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ bereits am 5. August: „Das Unglück von Mohamad, seiner Familie und von vielen hundert Flüchtlingen ist ein Glücksfall für die Geschäftswelt der Heidemannstraße. Nicht von ungefähr sind die Bierkästen im Shop der Jet-Tankstelle Ecke Paracelsusstraße in Türrnähe fast deckenhoch gestapelt, nicht von ungefähr umwirbt ein fahrbarer Stand von 'Lycamobile' neben den Zapfsäulen Mobilfunkkunden mit einer 'Worldwide Flat'. Die Meile zwischen dem Kaserneneingang der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber und den Verkehrsdrehscheiben in Freimann sowie im nördlichen Milbertshofen wird in diesen Tagen dominiert von dunkelhäutigen Menschen. Trauben in den Wartehäuschen, Grüppchen vor der Kasernenmauer, auf den Spielplätzen, am Gehwegrand. Viele mit dem Handy am Ohr, manche mit der Bierflasche in der Hand. Viele sehr extrovertiert, gelegentlich gibt es auch Streit.“ (Zitat: www.sueddeutsche.de/muenchen/bayernkaserne-in-muenchen-rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-1.2076372; zuletzt abgerufen: 16.10.2014, 6.53 Uhr; KR). – Zusätzliche Probleme ergeben sich vor dem Hintergrund einer drohenden weiteren Ebola-Ausbreitung, vor der Experten im Zuge der massiven illegalen Einwanderung nach Europa auch Deutschland nicht gefeit sehen. – Es ergeben sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Warum kaufen vorgeblich traumatisierte „Flüchtlinge“ in einer Tankstelle Bier? Der Kasten ist dort wesentlich teurer als im Supermarkt. Was wird vom Betreuungspersonal in der Bayernkaserne unternommen, um dem Alkoholkonsum von „Flüchtlingen“ – insbesondere traumatisierten – einen Riegel vorzuschieben?

2. Eine Übertragung des Ebola-Virus von Mensch zu Mensch ist durch den Kontakt mit Blut und anderen Körperflüssigkeiten von erkrankten Menschen oder Verstorbenen

b.w.

möglich. Auf trockenem Untergrund ist das Ebola-Virus bis zu drei Wochen lebensfähig. Inwieweit wird – vom RGU oder von der Regierung von Oberbayern – dem Risiko kontaminierter Banknoten von Infizierten Rechnung getragen, die beim Einkauf in der Umgebung der Bayernkaserne weitergegeben werden? Wie beabsichtigt die Stadt diesem Risiko vorzubeugen?

3. Wie ist derzeit – Stand: 15. Oktober oder aktueller – der Betreuungsschlüssel in der Bayernkaserne, d.h. wie viele Betreuer kommen derzeit auf wie viele „Flüchtlinge“? Ist nach der entsprechenden Ankündigung der LHM im August, die Zahl der Betreuer aufzustocken, angesichts der explodierenden Belegungszahlen in der Bayernkaserne eine weitere Anpassung des Betreuungspersonals ins Auge gefaßt oder bereits erfolgt? Unter welcher Produktnummer sind die Anpassungen im Sozialhaushalt der LHM dokumentiert und nachvollziehbar?



Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Dult: MVG verdoppelt Angebot am Wochenende

Pressemitteilung MVG

U-Bahnhof Westendstraße: Aufzug wird erneuert

Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien

16.10.2014

Dult: MVG verdoppelt Angebot am Wochenende

Zur Auer Dult vom 18. Oktober bis einschließlich 26. Oktober verdoppelt die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) zeitweise ihr Tram-Angebot: An beiden Dult-Wochenenden wird die Linie 27 von ca. 11 Uhr bis 20 Uhr vom Sendlinger Tor zum St.-Martins-Platz verlängert. Somit ergibt sich im gemeinsamen Abschnitt mit der Linie 17 zwischen Innenstadt und Mariahilfplatz ein 5- statt 10-Minuten-Takt. Am Sendlinger Tor bestehen Umsteigemöglichkeiten zu den U-Bahnlinien U1, U2, U3, U6 und U8, am Karlsplatz (Stachus) zur U4 und U5 sowie zur S-Bahn.

Außerdem ist die Dult mit dem MetroBus 52 (Haltestelle Mariahilfplatz) und dem MetroBus 62 (Haltestelle Schweigerstraße) zu erreichen. Der MetroBus 52 fährt an den beiden Sonntagen zwischen Marienplatz und Kolumbusplatz verstärkt im 5- statt 10-Minuten-Takt. Der MetroBus 62 verkehrt alle 10 Minuten. Individuelle Fahrplanauskünfte gibt es im Internet unter: www.mvg.de

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

16.10.2014

U-Bahnhof Westendstraße: Aufzug wird erneuert

SWM/MVG erneuern ab Montag, 20. Oktober, den Aufzug im U-Bahnhof Westendstraße (U4/U5). Der Austausch erfolgt altersbedingt nach rund 30 Betriebsjahren und dauert voraussichtlich bis Ende November. Er umfasst sämtliche Teile des Lifts – von der Kabine über den Antrieb bis hin zur Steuerungstechnik. Der neue Aufzug wird schneller sein als der alte, einen besseren Bedienkomfort bieten, weniger Energie verbrauchen – und dank moderner Technik vor allem noch zuverlässiger Dienst tun. Eine neue Beleuchtung auf LED-Basis sorgt dafür, dass die Kabine künftig noch heller ist und freundlicher wirkt als bisher. Während der Bauarbeiten ist der Bahnsteig nicht per Lift erreichbar. Kunden werden gebeten, nach Möglichkeit auf die Rolltreppen und Treppen bzw. andere Verkehrsmittel auszuweichen. Die genaue Lage des Aufzugs zeigt www.mvg-zoom.de.

Bis Ende 2017 erneuern SWM/MVG insgesamt 45 Aufzüge in der U-Bahn. Das entspricht gut 25 Prozent von 175 bestehenden Anlagen. Die Investitionskosten für dieses zweite Aufzugserneuerungsprogramm liegen bei rund sieben Millionen Euro. Im Rahmen eines ersten Erneuerungsprogramms hatten SWM/MVG von 2008 bis 2012 bereits 45 Aufzüge ausgetauscht und auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de